

## TOP 2

# Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008

Rede der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion  
Hannelore Kraft MdL

anlässlich  
der Plenarsitzung am 20. Dezember 2007

- Es gilt das gesprochene Wort -

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

*die Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion NRW möchte sich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit in 2007 bedanken.*

*Wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben ein besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2008.*



Anrede,

wir gehen auf Weihnachten und Sylvester zu. Die Werbeprospekte bieten jetzt schon Feuerwerkskörper an. Auch Schwarz-Gelb hatte ein großes politisches Feuerwerk angekündigt, mit Effekten, die das Publikum begeistern sollten. Aber bis heute ist davon nicht viel zu sehen. Herr Ministerpräsident, wenn die Politik der Landesregierung ein Feuerwerk wäre, dann wären Sie der Chef-Feuerwerker. Sie müssten für die Sicherheit sorgen - und dafür, dass die Feuerwerkskörper zeitlich gut koordiniert gezündet werden, damit ein künstlerischer Gesamteindruck entsteht. Aber daran hapert es. Nach der Hälfte der Zeit ist die Show schon fast durch. Das Publikum wird unruhig und fragt, was denn jetzt noch kommt.

Allerdings: Nicht nur das Gesamtkunstwerk, auch die Einzeldarbietungen lassen zu wünschen übrig. Das wird beim Haushalt deutlich. Herr Finanzminister, in der Regierung haben Sie eine besonders herausgehobene Aufgabe. Sie sind sozusagen der Erste Hilfsfeuerwerker. Aber haben Sie uns dafür bisher genug geboten?

Ich bin mir fast sicher, dass der Kollege Stahl gleich nicht versäumen wird, Ihnen für Ihre ehrlische und solide Haushalts- und Finanzpolitik ausdrücklich zu danken. Da möchte ich schon einmal vorab anmerken: Innerhalb von zwei Jahren hat Ihnen nun schon zum zweiten Mal das höchste Gericht dieses Landes, der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen, bescheinigt, mit Ihrer Haushaltspolitik gegen die Verfassung verstoßen zu haben. Alle Achtung, das nenne ich ehrlich unsolide.

Anrede,

wir können heute nicht über den Landeshaushalt 2008 reden, ohne uns zugleich noch einmal mit den Haushalten 2006 und 2007 auseinander zu setzen. Ihrer Haushaltspolitik ist in der vergangenen Woche ein weiterer harter Schlag versetzt worden, Herr Finanzminister: 450 Millionen müssen sie den Kommunen nach dem Münsteraner Urteil allein für das Jahr 2006 zurückerstatten. Für 2007 und 2008 werden es vergleichbare, wenn nicht deutlich höhere Summen sein. Insgesamt reden wir über ca. 1,6 Milliarden Euro.

Heute hat das Gericht bestätigt, was wir immer gesagt haben: Für Ihre Sparerfolge haben die Kommunen bezahlt. Sie haben sich für Ihre vermeintlich ehrliche Sparpolitik feiern lassen. Sie haben fleißig am Denkmal vom 'Eisernen Helmut' gefeilt. Schlimm ist: Nach 2005 haben Sie damit auch 2006 gegen die Landesverfassung verstoßen, nämlich gegen das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Das steht im Urteil.

Der Innenminister hat noch versucht, die gewaltige Schlappe weg zu reden. Er wollte uns glauben machen, das Gericht habe Ihre Politik in vollem Umfang bestätigt. Aber:

Warum muss das Land dann am Ende ca. 1,6 Milliarden Euro zurückzahlen? Das Urteil spricht eine klare Sprache – ich zitiere: "Es liegt auf der Hand, dass sich eine derart signifikante Abweichung ... nicht mehr im Bereich des verfassungsrechtlich tolerablen bewegt".

Anrede,

wir halten fest: Sie hatten den Kommunen, den Bürgerinnen und Bürgern eine ganz andere Politik versprochen! Ich zitiere den Finanzminister aus der Debatte über die erste Lesung des Haushaltes 2006: "Die Kommunen sollen finanziell angemessen unterstützt werden." Und: "In der Vergangenheit musste im kommunalen Finanzausgleich viel zu oft nachjustiert werden. ... Dieses Auf und Ab wollen wir abschaffen, meine Damen und Herren." Heute wissen wir, was Sie damit gemeint haben: Sie haben wissentlich und willentlich die Kommunen mit einem zu geringen Festbetrag abgespeist. Die kommunalen Spitzenverbände haben Ihnen jedes Jahr wieder in den Anhörungen genau vorgerechnet, dass ihr Anteil viel zu hoch war. Lesen Sie die Protokolle nach, da steht es schwarz auf weiß. Sie haben ihr politisches Feuerwerk mit anderer Leute Geld bezahlt.

Es ist das Mindeste, dass Sie jetzt schnell handeln und den Kommunen wenigstens einen Abschlag für die Jahre 2006 und 2007 zurückzahlen wollen. Aber ich sage ganz klar: dieser Abschlag ist deutlich zu niedrig angesetzt. Das Gericht hat klar entschieden: 2006 haben Sie den Kommunen 450 Millionen zu viel abgenommen. Da ist es nicht in Ordnung, wenn Sie jetzt für 2006 erst einmal nur 280 Millionen zurückzahlen. Der Abschlag müsste nach unserer Auffassung allein für 2006 mindestens 400 Millionen betragen. Auch für 2007 greifen Sie mit 220 Millionen erkennbar viel zu niedrig. Da lag die Überzahlung wahrscheinlich sogar noch deutlich über den 450 Millionen in 2006.

Über die Verteilungsmechanismen, die Sie vorsehen, wird heute noch zu reden sein. Ich höre bereits viel Kritik aus den Kommunen - die sollten Sie intensiv beteiligen. Die zentrale Frage ist aber, wann und wie Sie den Rest der Gelder zurückgeben. Dazu fehlt in Ihrem Nachtragshaushalt 2007 und in dem Abschlagsgesetz jedes Wort.

Anrede,

der Haushalt 2008 hat denselben Mangel wie seine Vorgänger: Auch diesmal haben Sie wieder eine zu hohe Belastung der Kommunen vorgesehen. Das folgt ganz klar aus dem Ergebnis der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss. Sie können auch nicht auf das Urteil aus Münster verweisen und behaupten, Sie hätten anschließend zwei Jahre Zeit, den Fehler zu reparieren. Der Verfassungsgerichtshof hat Ihnen keinen Freifahrtschein ausgestellt für einen zinslosen Kredit bei den Kommunen. Es ist ein Skan-

dal, dass Sie den Kommunen ungerührt jetzt auch im Jahr 2008 viel zu viel Geld für den Solidaripakt abnehmen. Die Kommunen müssen das über Kredite teuer finanzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen: Die Korrekturen müssten hier und heute schwarz auf weiß auf dem Tisch liegen. Dafür war genug Zeit nach dem Urteil. Aber Sie tricksen schon wieder! Mein Verdacht ist: Sie suchen mit Hochdruck nach einer Lösung, wie Sie den Kommunen das Geld an anderer Stelle wieder abnehmen können. Alle wissen doch: Das GFG 2008 verletzt Verfassungsrechte der Kommunen und verstößt gegen den Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit. Trotzdem werden Sie es heute beschließen. Beim Kollegen Klein las sich das in seiner Presserklärung in der vergangenen Woche so: 'Wir beschließen das GFG unverändert. Und wir begrüßen, dass der Finanzminister unverzüglich ein GFG-Anpassungsgesetz vorlegt'. So etwas nenne ich 'Regierungsmurks mit Ansage'.

Tatsache ist und bleibt: Ihre Politik schadet den Kommunen. Darum ist es auch kein Wunder, dass Ihnen der Oberbürgermeister von Düsseldorf bescheinigt, mit der früheren Spitzabrechnung seien die Kommunen besser gefahren. Wörtlich hat er gesagt: "Insofern ging es uns unter Rot-Grün wirklich besser". Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Anrede,

das ist aber nicht der einzige Murks im Haushalt 2008: Neben dem Loch von mehr als einer Milliarde Euro durch das Urteil aus Münster haben Sie 60 Millionen Euro Einnahmen aus Abführungen der Wohnungsbauförderanstalt zuviel eingeplant - für die gibt es bisher keine gesetzliche Grundlage.

Der Bauminister hat es schlicht nicht hinbekommen, das Gesetz dafür rechtzeitig einzubringen. Überhaupt: der Bauminister. Sein Politikstil erinnert mich an die 'Heuler' beim Sylvesterfeuerwerk: Die pfeifen extrem laut und fliegen ohne jede Kontrolle durch die Gegend.

Nächster Murks: Der Jugendminister hat 'vergessen', für das nächste Jahr seine Kürzungen bei den Kindergärten zu Lasten der Kinder und der Kommunen fortzuschreiben. Jetzt muss der Fehler eilig behoben werden, damit die Träger nicht für 2008 einen Anspruch auf 40 Millionen Euro geltend machen können. Dafür hat er nämlich kein Geld in seinem Haushalt.

Da klafft die 'Laschet-Lücke'. Herr Jugendminister, Politik mit Knalleffekten reicht nicht. Wir erinnern uns: Konsens am runden Tisch, breite Zustimmung aller Beteiligten zum KiBiz – das sollte Ihr Gesellenstück werden. Aber leider – es war alles nur Illumination, bengalisches Feuer. Als der schöne Schein vorbei war, kam der Ärger: Statt Konsens gab es Streit, statt Zustimmung Demonstrationen. Herr Minister, ihre Politik ähnelt einem 'Knallfrosch': er springt im Zick-Zack auf der Straße herum und richtet dabei nicht selten Schaden an.

Anrede,

das soll die Haushaltsführung einer soliden Landesregierung sein? Herr Finanzminister, Ihr Haushalt ist doch schon heute das Papier nicht mehr wert, auf dem er gedruckt ist.

Schlimmer noch: Mit Ihrem Haushalt setzen Sie falsche politische Schwerpunkte. Der Schulhaushalt steigt von 2007 auf 2008 um sage und schreibe 0,32 Prozent (41 Millionen Euro). Und diese Steigerung fließt auch noch fast vollständig an die privaten Ersatzschulen, obwohl die im kommenden Jahr gerade einmal 77 Schülerinnen und Schüler mehr haben werden als 2007. Schule und Bildung ist bei Ihnen kein Schwerpunkt.

Demgegenüber steigen die Ausgaben für den Ministerpräsidenten (im Einzelplan 02) erneut deutlich an - diesmal um 6,07 Prozent. Seit 2005 ist dieser Bereich damit um stolze 16 Prozent gestiegen. Die wesentlichen Ursachen: Die Repräsentationsausgaben des Ministerpräsidenten sind seit 2005 um mehr als 230 Prozent und die Kosten für wissenschaftliche Beratung sogar um mehr als 1.800 Prozent gestiegen. Offensichtlich legen Sie hier einen Schwerpunkt.

Unsere Änderungsanträge zum Haushalt zeigen: Unser Schwerpunkt liegt bei Kindern und Bildung. Das ist machbar - ohne höhere neue Schulden. Angeblich legen Sie Ihren Schwerpunkt auf die Haushaltskonsolidierung. Die Zahlen zeigen aber: Das ist eine fromme Mär. Seit 2005 sprudeln die Steuerquellen wieder reichlich. Sie haben seit Ihrem Regierungsantritt mindestens 8 Milliarden (wahrscheinlich eher 10 Milliarden) Euro mehr Steuern eingenommen. Im gleichen Zeitraum haben Sie 7 Milliarden Euro neue Schulden veranschlagt. Das nennen Sie Konsolidierung?

Anrede,

die handwerklichen Fehler und die falsche Schwerpunktsetzung beim Haushalt sind schlimm genug. Aber schlimmer ist: Diese Fehler sind symptomatisch für Ihre Regierungsarbeit. Sie zeigen erneut: Sie können es nicht. Kaum eine Rakete, kaum ein Böller zündet planmäßig - Rohrkrepierer sind an der Tagesordnung. Schlechte Gesetze und schlechte Politik - das sind Ihre Markenzeichen.

Erstes Beispiel: Nordrhein-Westfalen hat unter Schwarz-Gelb kein Gewicht im Bund - weil Sie handwerkliche Fehler und eine schlechte Politik machen. Gestern hatten wir die Debatte um den Mindestlohn. Wir haben wieder gehört, der Post-Mindestlohn sei schlecht, weil er Wettbewerb verhindert. Aber, Herr Arbeitsminister, dieser Mindestlohn ist doch frei von den Tarifparteien vereinbart worden, oder nicht?

Für Sie zählt die Tarifautonomie offenbar nur, wenn sie ins Kalkül passt. Zum Beispiel dann, wenn der Ministerpräsident sich damit der Debatte um die Millionen-Gehälter von Managern entziehen will. Herr Ministerpräsident, Sie haben in einem Interview mit den Ruhrnachrichten am 5. Dezember wörtlich erklärt: "Wenn wir die Tarifautonomie ernst nehmen, dürfen wir die Gehälter von Managern nicht festlegen". Das war zu schnell geschossen: Die Gehälter leitender Angestellter haben mit Tarifverträgen nichts zu tun, Herr Ministerpräsident. Da haben Sie wohl etwas verwechselt. Das passiert Ihnen häufiger. Ich erinnere an Ihren aktuellen Vorschlag für eine Alternative zum Betreuungsgeld. Sie wollen stattdessen nichtberufstätige Eltern bei den Renten besser behandeln als berufstätige. Erinnern Sie sich: Das haben Sie schon einmal mit der Regierung Kohl im Bund versucht. Damals – 1996 – hat Ihnen das Bundesverfassungsgericht bescheinigt: Das verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, das ist verfassungswidrig. Ich rate: Erst informieren, dann positionieren.

Herr Ministerpräsident, als Sie Herrn Laumann aus Berlin geholt haben, da wurde uns ein ganz besonders großer Kracher, ein Kanonenschlag, versprochen. Die Arbeitsmarktpolitik in Berlin sollte von Düsseldorf aus gleich mit bestimmt werden. Danach gab es zwar viele Ankündigungen von Bundesratsinitiativen, sie blieben aber ebenso unbeachtet wie folgenlos: Tischfeuerwerk statt Kanonenschlag. Soziale Politik in Berlin wird von der SPD gemacht - meistens gegen den CDU-Widerstand aus Bund und Ländern. Dabei kommen viele Anstöße hier aus NRW - für den Mindestlohn, gegen den Missbrauch der Leih- und Zeitarbeit, gegen Exzesse bei den Managerabfindungen. Aber sie kommen von uns, von der NRWSPD - nicht von Ihrem Arbeitsminister.

Anrede,

zweites Beispiel: Schulpolitik. Hier lautet das Motto weiterhin: Realität ausblenden, Augen zu und durch!

Die Hauptschulen stagnieren bei den Anmeldungszahlen auf niedrigem Niveau. Frau Ministerin, einen unveränderten prozentualen Anteil nennen Sie eine Trendwende. Sie verweisen auf die Ganztags Hauptschulen - ja, da gehen die Zahlen leicht hoch. Aber das heißt doch nur: Andere Hauptschulen laufen in der Tendenz umso schneller leer.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten besser auf die kommunalen Praktiker in ihren eigenen Reihen hören. Es sind schon lange nicht mehr nur die beiden gallischen Dörfer Horstmar und Schöppingen, die sich gegen Ihre ideologische Blockade wehren. Auch Eschweiler, Emsdetten, Schalksmühle, Bonn und Bad Honnef wollen die Gemeinschaftsschule. Fortschritt lässt sich nicht durch Denkverbote aufhalten, Herr Ministerpräsident. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Bielefeld aus Horstmar hat es Ihnen ins Stammbuch geschrieben: "Die Landesregierung scheint einfach noch nicht so weit zu sein. wir sind schon viel weiter."

Sie verschließen die Augen vor der Realität. Sie wollen die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen. Sie, Herr Ministerpräsident, sind besonders erfolgreich damit, sich die Wirklichkeit schön zu reden. Dienstag haben Sie nach dem Besuch der FDP-Fraktion ein wunderbares Beispiel dafür geliefert. Der 'Heiße Herbst' hat nach Ihrer Meinung nicht stattgefunden. Was sind schon 300.000 Teilnehmer bei Demonstrationen und Protesten gegen die angebliche vorweihnachtliche Harmonie in der Koalition?

Genau so gehen Sie auch mit dem Thema 'Unterrichtsausfall' um. Wir werden immer weiter daran erinnern: Sie haben vor der Wahl eine Unterrichtsgarantie versprochen. Nach der Wahl blieb davon noch die Ankündigung von 4.000 neuen Lehrerstellen übrig. 2.000 davon kassieren Sie allerdings sofort wieder ein über kw-Vermerke. Bleiben 2.000 Stellen in fünf Jahren. Fazit: Ihre Garantie war nichts wert. Wer ein Kind in der Schule hat, der sieht es täglich: Stunden fallen aus - Vertretungslehrer fehlen. Oft wird die erste oder die letzte Stunde freigegeben. Oder es wird EVA angeordnet: 'Eigenverantwortliches Arbeiten'. Da ist kein Lehrer in der Klasse - das ist doch kein Unterricht! Oder: ein Lehrer ist der Klasse, unterrichtet aber nicht. Die Klasse wird nur beschäftigt. Auch das ist kein Unterricht, das ist betreuter Unterrichtsausfall!

Und Sie laufen überall herum und behaupten, Sie hätten den Unterrichtsausfall fast um die Hälfte abgesenkt. Daran glaubt doch ernsthaft niemand. Herr Ministerpräsident, wir warten immer noch auf die Vollerhebung des Unterrichtsausfalls, die Sie persönlich hier im Landtag versprochen haben. Keine Erhebung an einem Stichtag, der vorher klammheimlich angekündigt wird, sondern eine umfassende Dokumentation aller ausgefallenen Unterrichtsstunden. Wann setzt Frau Ministerin Sommer Ihr Versprechen um, Herr Ministerpräsident?

Über das Thema 'Kopfnote' haben wir heute bereits gesprochen. Auch dabei wird deutlich: Sie können es nicht, Sie haben die Dinge nicht im Griff. Frau Ministerin, Ihre Politik erinnert an das Abbrennen von Wunderkerzen am Sylvesterabend: Sie brennen kurz hell auf, versprühen dabei Funken nach allen Seiten, aber sie erlöschen auch ganz schnell wieder. Danach stehen die Schülerinnen und Schüler wieder im Dunkeln.

Drittes Beispiel: Studiengebühren. Minister Pinkwart hat den Studierenden bessere Studienbedingungen und eine verbesserte Lehre versprochen - im Gegenzug zur Einführung der Studiengebühren. Heute wissen wir: Die Lehre wird nicht verbessert, mit den Gebühren werden Löcher gestopft, die die Sparpolitik von Schwarz-Gelb erst gerissen hat. Herr Minister, Sie haben als Ihren Beitrag zum Regierungsfeuerwerk einen Goldregen versprochen. Davon haben die Hochschulen bis heute nichts gesehen.

Anrede,

manche mögen denken, dass wir dies alles als Opposition gelassen oder sogar mit klammheimlicher Freude beobachten. Nein, das tun wir nicht, weil wir voller Sorge sind, weil diese Politik schädlich für das Land ist. Sie betreiben Pfusch. Pfusch am Bau schädigt die Bauherren, Pfusch am Land schädigt die Bürgerinnen und Bürger. Sie betreiben Pfusch am Land.

Bei vielen Themen der Landespolitik zeigt sich, dass Sie im Hochgefühl des Wahlsieges und der schnellen Koalitionsverhandlungen einen wichtigen Grundsatz für gutes Regieren vergessen haben: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit. Sie haben sich von ihren eigenen Sprüchen aus der Oppositionszeit leiten lassen, statt auf die Fachleute zu hören. Heute wird immer deutlicher, welche Fehlentscheidungen Sie damals getroffen haben.

Eine dieser eklatanten Fehlentscheidungen war es, die Zukunft wichtiger öffentlicher Unternehmen an Ihr Motto vom 'Privat vor Staat' zu knüpfen. Sie wollten die WestLB und die LEG unbedingt verkaufen - aus ideologischen Gründen. Sie haben große Ankündigungen gemacht und sich damit selbst in Zugzwang gebracht.

Solch eine Aktion geht selten gut. Und Ihre ist voll daneben gegangen: Man sieht es beim geplanten Verkauf der LEG. Dieser Plan ist von Ihnen zu Beginn der Regierungszeit mit heißer Nadel genäht worden. Später dann - nach der Bundestagswahl - haben Sie, Herr Ministerpräsident, auf soziale Rhetorik umgeschaltet. Da wurden große Versprechungen gemacht für den Schutz der Mieter. Soviel Schutz wie niemals zuvor haben Sie versprochen. Jedem interessierten Beobachter war klar: Das kann nicht funktionieren. Sie wollen verkaufen, um Geld einzunehmen. Der Erlös ist fest eingeplant. Der Finanzminister muss einen möglichst hohen Verkaufspreis erzielen. Aber wer bezahlt viel Geld für Wohnungen mit einem nie da gewesenen Schutz für die Mieter? Ganz abgesehen davon, dass der Markt sich heute anders darstellt als 2005.

Und jetzt sehen wir: Es kommt, wie es kommen musste. Stück für Stück werden die großen Versprechen gebrochen. Ein Schutzmechanismus nach dem anderen wird fallen gelassen:

- Die Mieten können doch steigen, zum Teil sogar drastisch,
- Wohnungsverkäufe werden nur unzureichend ausgeschlossen,
- die Verkaufserlöse müssen nicht reinvestiert werden, sondern können aus dem Unternehmen herausgezogen werden,
- der Kündigungsschutz ist löchrig.

Sie haben sich bedingungslos auf einen Verkauf festgelegt. Den Preis dafür bezahlen jetzt die Mieter. Das hat der Mieterbund in der letzten Woche ganz deutlich gemacht.

Anrede,

auch bei der WestLB waren Ihre Pläne auf Sand gebaut. Wir sehen das ohne jede Häme, vielmehr mit großer Sorge. Viel Zeit - ich glaube, zu viel Zeit - ist damit verbracht worden, persönliche Scharmützel auszutragen. Wenn Politik zu einer 'Frage der persönlichen Ehre' wird, dann drohen Fehlentscheidungen. Die Sache muss über die Person gestellt werden. Darum war es jetzt allerhöchste Zeit, dass die Anteilseigner sich zusammenraufen. Ob allerdings jetzt mit der 10-Punkte-Vereinbarung der Eigentümer die eingeschlagene Richtung stimmt, das bleibt abzuwarten.

Herr Ministerpräsident, Sie persönlich haben die Zusammenarbeit mit der Helaba vorgeschlagen. Wir beobachten jetzt mit Sorge, welche Töne von Ihrem Parteifreund Roland Koch aus Hessen kommen. Ich zitiere ihn aus dem Focus von dieser Woche: "Die Hessen können und dürfen nicht Sanierer sein für NRW. Risiken, die bis heute entstanden sind, muss Nordrhein-Westfalen tragen".

Ich kann mir denken, warum Herr Koch sich so stark fühlt. Er weiß, dass Sie festgelegt sind. Alle anderen Optionen haben Sie ausgeschlagen. Helaba oder ein privater Partner, so lautet jetzt die Devise. So eine Verhandlungsstrategie stärkt natürlich die Position der anderen Seite.

Wir werden das zukünftige Konzept daran messen, wie es sich auf NRW auswirkt: Wird der Finanzplatz NRW geschwächt? Sind die Standorte Münster und Düsseldorf auf Dauer sicher? Was geschieht mit den Arbeitsplätzen?

Für eine gute Lösung für die WestLB reicht es nicht, ein neues Kaninchen aus dem Hut zu ziehen - Politik ist keine Zaubervorstellung. Eine gute Lösung für die WestLB muss tragfähig sein. Der Beweis dafür steht noch aus.

Anrede,

traditionell überlegen die Menschen beim Sylvesterfeuerwerk, was das neue Jahr, was die Zukunft bringt. Die Menschen in NRW wissen, dass sie ihre Zukunft selbst in der Hand haben. Sie wollen anpacken und sich anstrengen, damit es eine gute Zukunft ist. Die Landespolitik muss alle Kräfte einsetzen, um die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die Menschen wünschen sich Sicherheit und Fortschritt - gerade in den Gesprächen jetzt zum Jahreswechsel höre ich diesen Wunsch immer wieder. Soziale und persönliche Sicherheit verbunden mit wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt.

Anrede,

auf dem Weg dahin bleibt für die Politik viel zu tun:

- Unser Bildungssystem ist nicht fit für die Zukunft. Wir lassen zu viele Talente ungenutzt, wir fördern nicht genug, wir bieten nicht die beste Bildung für alle. Hier ist die Politik, hier ist der Staat gefordert, umzusteuern und neue Chancen zu eröffnen.
- Die Anstrengungen für Innovation und wirtschaftlichen Fortschritt reichen nicht aus. Wir müssen neue Ideen entwickeln, wir müssen Wirtschaftspolitik neu denken. Hier ist die Politik, hier ist der Staat gefordert, Impulse zu geben und einen Rahmen zu schaffen, der fairen Wettbewerb auch global ermöglicht.
- Wir müssen soziale Sicherheit für die Menschen organisieren und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Die Fliehkräfte werden immer größer, die Konflikte härter. Hier ist die Politik, hier ist der Staat gefordert, für Ausgleich zu sorgen.

Mit diesen Themen befassen wir uns. Die Regierung tut es leider viel zu selten. In der Bildungspolitik liegen unsere Vorstellungen auf dem Tisch. Sie haben nur die Rezepte

von gestern. In der Wirtschafts- und Innovationspolitik sind wir mitten in der Arbeit an Fortschrittskonzepten. Auch da heißt es bei Ihnen: Fehlanzeige.

Und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken – das ist unser zentrales Thema. Die Probleme werden immer drängender - ich nenne nur Stichworte:

- Zeit - und Leiharbeit - seit 1995 hat sich die Zahl der Zeitarbeiter vervierfacht,
- Mindestlohn - 1,3 Millionen Aufstocker müssen zusätzlich zu ihrem Lohn noch Hartz IV beziehen,
- Kinderarmut - 2,57 Millionen Menschen in NRW leben in einkommensarmen Verhältnissen, 815.000 davon sind Kinder. Das heißt: jedes vierte Kind in NRW ist davon betroffen.

Wir kümmern uns um diese Fragen. Wir haben ein Konzept zur Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit mit der IG Metall entwickelt. Wir setzen Branche für Branche in Berlin den Mindestlohn durch. Und wir haben - als Konsequenz aus dem Armuts- und Reichtumsbericht - ein Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut entwickelt.

Wir begrüßen es, dass auch der Ministerpräsident jetzt Vorschläge für ein Kinderschutz-Programm macht. Sie greifen damit im Wesentlichen Punkte auf, die wir in unserem Positionspapier zum Thema Kinderarmut auf der Fraktionsklausur am 8. September beschlossen haben. Das ist hilfreich für die Debatte, das ist gut für die Kinder.

Wir sind das Original, Sie sind die Kopie, wenn es um die Balance von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt geht, - im Bund, aber vor allem hier in NRW. Sie haben viel versprochen - ein großes Regierungsfeuerwerk, für jede und jeden etwas. Gehalten haben Sie wenig. Ihr Motto bleibt: Versprochen - gebrochen. Die Ernüchterung ist längst da: Bei denen, die Sie Haushalt um Haushalt enttäuscht haben, bei denen, die Ihren Versprechungen geglaubt haben, die einen Neuanfang wagen wollten und nun sehen, dass sie mehr verloren als gewonnen haben, und sogar bei den Kommunalpolitikern und Arbeitnehmervertretern in Ihrer eigenen Partei.

Dass Sie nicht wirklich für soziale Gerechtigkeit stehen, dass Sie nur in Interviews und Ankündigungen für Arbeitnehmerinteressen eintreten, das ist den meisten schon mehr als deutlich geworden. Spätestens mit diesem Haushalt 2008 wissen die Bürgerinnen und Bürger jetzt auch, dass Ihre vermeintliche Kernkompetenz - der gewissenhafte Umgang mit dem Geld der Steuerzahler - nur Effekthascherei und Wahlkampfretorik war. Das ist keine solide und verlässliche Politik, das ist und bleibt 'Regierungsmurks', das ist Pusch am Land. Die Bürgerinnen und Bürger in NRW haben eine sozialere und vor allem eine bessere Regierung verdient.